

Schnelles Internet für Stadt und Land – Digitale Spaltung verhindern, ländliche Räume nicht abhängen!

Gleichwertige Lebensverhältnisse nur mit schnellem Internet

Die Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse setzt einen gleichwertigen Zugang zum Internet in allen Landesteilen voraus. Insbesondere in den ländlichen Räumen partizipieren derzeit allerdings viele Bewohnerinnen und Bewohner in Mecklenburg-Vorpommern nicht am technologischen Fortschritt. Während in den Städten bereits heute fast 90 Prozent der Haushalte über eine Bandbreite von 50 Mbit/s verfügen, sind es in den ländlichen Räumen nur knapp 11 Prozent. Die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land wird sich ohne eine moderne Breitbandstrategie weiter verschärfen.

Häufig entscheidet die Verfügbarkeit eines schnellen Internetanschlusses bereits heute darüber, ob eine Gemeinde attraktiv für neue Einwohnerinnen und Einwohner ist. Ein flächendeckender, schneller Internetzugang ist aber auch ein wichtiger Standortfaktor und vielfach die Grundvoraussetzung für innovative Lösungsstrategien der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. So können etwa die Chancen der Telemedizin für die Gesundheitsversorgung ohne einen entsprechenden Breitbandausbau ebenso wenig ausgeschöpft werden, wie die Potenziale alternativer Mobilitätsangebote.

Landesregierung verschläft den digitalen Wandel

Die Landesregierung verschläft den digitalen Wandel. Während alle davon reden, wie eine Breitbandversorgung mit mindestens 50 Mbit/s bis 2018 realisiert werden kann, feiert sich Minister Till Backhaus vor wenigen Wochen dafür, dass im Land nun eine flächendeckende Breitbandversorgung von 2 Mbit/s erreicht wurde. Das sind aber Ziele von vorgestern. 2 Mbit/s reichen nicht annähernd aus, um den Anforderungen von heute und morgen gerecht zu werden. Diese Landesregierung ist nicht nur wenig ambitioniert, sie weigert sich bisher auch ausreichend Landesmittel für den Breitbandausbau bereitzustellen. Diese werden aber dringend gebraucht, um das Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet sicherzustellen. Bereits jetzt steht fest, dass die Bundesmittel aus den Erlösen der Digitalen Dividende II nicht ausreichen werden, um die notwendigen Investitionen zu stemmen und um die Wirtschaftlichkeitslücke der Anbieter zu schließen. Schätzungen gehen derzeit von Kosten für die öffentliche Hand in Mecklenburg-Vorpommern von etwa 300 Millionen Euro aus. Bisher hat das Land gerade einmal 5 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt. Damit würde der Breitbandausbau 60 Jahre dauern, der eigentlich bereits in drei Jahren abgeschlossen sein soll.

Breitbandstrategie vorlegen und Haushaltsüberschuss in den Netzausbau investieren

Es fehlt dieser Landesregierung an Willen, Strategie und der finanziellen Unterstützung für den Breitbandausbau. Wenn wir aber alle Chancen des digitalen Wandels für die Entwicklung unseres Landes nutzen wollen, müssen wir die Herausforderungen beherzt anpacken, statt sie teilnahmslos auszusitzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung daher auf:

- eine Strategie für den Breitbandausbau mit dem Ziel eine flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen von 50 Mbit/s bis zum Jahr 2018 zu erarbeiten,
- der Breitbandzugang muss ohne Volumenbegrenzung angeboten werden (Flatrate)
- einem kabelgebundenen Breitbandausbau ist Vorzug zu geben
- die Haushaltsüberschüsse zu nutzen, um noch in diesem Jahr ein Sofortprogramm für den Breitbandausbau aufzulegen,
- sich gegenüber dem Bund für ein ausreichendes Finanzierungsprogramm für den flächendeckenden Breitbandausbau im ländlichen Raum einzusetzen,
- eine verbindliche Zusage zu machen, dass die durch die Bundesregierung zu Verfügung gestellten Mittel aus der Digitalen Dividende II zweckgebunden für den Breitbandausbau eingesetzt werden,
- sich dafür einzusetzen, dass die Breitbandversorgung als Teil der Daseinsvorsorge anerkannt wird, ebenso wie ein Telefonanschluss und die Belieferung mit der Post,
- eine Verpflichtung zur Verlegung von Leerrohren bei Tiefbauarbeiten umzusetzen,
- die Zuständigkeiten und Kompetenzen innerhalb der Landesregierung klar zu bündeln,
- für eine solide und objektive Datengrundlage zu sorgen, die über die derzeit freiwilligen Angaben der Provider hinaus geht,
- sich für eine gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität einzusetzen.

Begründung:

Während deutschlandweit bereits 64,1 Prozent der Haushalte über einen Internetanschluss mit einer Bandbreite von mindestens 50 Mbit/s verfügen, sind es in Mecklenburg-Vorpommern gerade einmal 42,7 Prozent. In den Städten beträgt die Verfügbarkeit 89,2 Prozent, in halbstädtischen Bereichen 31 Prozent und in ländlichen Gebieten nur 10,8 Prozent.

Zwar hat die Bundesregierung im August 2014 ihre digitale Agenda vorgelegt. Über wohlklingende Ankündigungen ist die Agenda allerdings bisher kaum hinausgekommen. Es ist weiterhin völlig unklar, wie das Ziel der Bundesregierung, eine flächendeckende Breitbandversorgung mit 50 Mbit/s bis zum Jahr 2018 sicherzustellen, erreicht werden kann. Zur Finanzierung sollen die Erlöse aus der Digitalen Dividende II dienen. Diese werden sich nach derzeitigen Schätzungen aber nur auf etwa 1 Milliarde Euro belaufen. Der Breitbandausbau auf 50 Mbit/s wird im Bundesgebiet hingegen mindestens 20 Milliarden Euro kosten. Allein in Mecklenburg-Vorpommern werden voraussichtlich Kosten auf die öffentliche Hand von 300 Millionen Euro zukommen.

Laut dem Monitoring-Report Digitale Wirtschaft, einem internationalen Ländervergleich in Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, „bleibt die Geschwindigkeit der Netze weiter das zentrale Thema, denn gemessen an der Verbreitung von superschnellen Glasfaseranschlüssen hinkt Deutschland deutlich hinterher. Mit einer Glasfaser-Quote von lediglich einem Prozent liegt Deutschland weit abgeschlagen auf dem letzten Platz der europäischen Länder.“¹ So verwundert es kaum, dass Deutschland im internationalen Vergleich bei den Zugängen zum schnellen Internet gerade einmal auf Platz 31 steht.² Umso wichtiger ist es, entschieden den Breitbandausbau im Land voranzubringen. Leider behandelt die Landesregierung dieses Thema äußerst stiefmütterlich. Die Folgen sind gerade für den ländlichen Raum am gravierendsten.

Nicht nur die 650 Unternehmen mit ihren 14.500 Mitarbeitern aus der IT-Branche sind dringend auf einen schnellen Internetanschluss angewiesen. Genauso brauchen Hotels und Gastronomie,

¹<http://www.tns-infratest.com/presse/presseinformation.asp?prID=3398>

²Report "The State of the Internet" von Akamai

Handwerker und Selbstständige einen schnellen Zugang zum Internet, denn die Anforderungen an die Anwendungen steigen immer weiter. Es sind gerade auch die Unternehmen der Agrarwirtschaft und der Ernährungsbranche, die beim Einsatz digitaler Technologien an der Spitze liegen.³

Der Breitbandausbau stellt das Land vor immense Herausforderungen. Zahlreiche Anforderungen müssen berücksichtigt werden, Akteure müssen eingebunden werden, finanzielle Mittel müssen bereitgestellt werden und die notwendigen Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Dafür reicht es nicht aus, das Landesraumentwicklungsprogramm um ein Kapitel zum Breitbandausbau zu ergänzen. Das LEP ist ein raumplanerisches Instrument und damit ungeeignet, um alle notwendigen Fragen – insbesondere der Finanzierung – zu beantworten. Darum brauchen wir eine Landesstrategie für den Breitbandausbau, die auch endlich die Frage nach der Finanzierung beantwortet. Die Haushaltsüberschüsse des Jahres 2014 eröffnen die Möglichkeit für nachhaltige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Der Breitbandausbau sollte dabei oberste Priorität haben. Die Landesregierung will diesen Spielraum jedoch nicht nutzen, sondern stellt mehr als 60 Millionen Euro ungenutzt zurück, damit im Wahlkampf 2016 kein Minister um seine Wahlkampfgeschenke fürchten muss. Mit einem Sofortprogramm könnte noch in diesem Jahr der dringend erforderliche Ausbau angeschoben werden, um insbesondere die ländlichen Räume zu unterstützen.

Dazu müssen wir auch die Kompetenzen innerhalb der Landesregierung bündeln. Derzeit beschäftigen sich vier Ministerien mit den Herausforderungen des digitalen Wandels. Außerdem braucht es eine objektive Datengrundlage, die von unabhängiger Stelle erhoben wird. Die Angaben im Breitbandatlas basieren auf freiwilligen Angaben der Hersteller. Derzeit kann die Landesregierung noch nicht einmal für alle Landkreise und Gemeinden die Versorgungsquoten benennen, wie sie bereits einräumen musste (Kleine Anfrage 6/3489).

Schließlich setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass die Versorgung mit einem Breitbandanschluss als Universaldienstleistung gesetzlich festgeschrieben wird und damit Teil der Daseinsvorsorge wird. Die konkrete Festlegung der Bandbreite sollte dynamisch gestaltet werden, um sie den zukünftigen Entwicklungen anpassen zu können. Ein Breitbandanschluss ist heute genauso wichtig, wie die tägliche Versorgung mit Post und ein Telefonanschluss.

³Umfrage in mittelständischen Unternehmen zum Thema Digitalisierung – Bedeutung für den Mittelstand im Auftrag der DZ Bank, Juli/ August 2014.